

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abendblätter nehmen die Anzeigen...
Anzeigenpreis: Aufschlag Nr. 23.

Abendblätter: Die Anzeigen...
Anzeigenpreis: Aufschlag Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 210

Donnerstag, den 9. September 1926

21. Jahrgang

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beschlossen.

Genf, 8. September 1926. Die Völkerbundsversammlung hat nach Annahme der vom Büro vorgeschlagenen Tagesordnung für ihre heutige Vormittags-Sitzung (oben 11.45 Uhr den ersten Punkt ihrer heutigen Tagesordnung genehmigt und einstimmig die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beschlossen. Der Beschluß wurde mit starkem Beifall von der Versammlung begrüßt.

Genf, 7. Sept. Der Sinn der heutigen Beschlüsse des Büros der Versammlung ist folgender: Man hat sich dahin geeinigt, daß zunächst über die Aufnahme Deutschlands abgestimmt wird. Sodann erfolgt eine weitere Abstimmung über die Schaffung des neuen ständigen Sitzes für Deutschland. In Verbindung hiermit wird auf demselben Stimmzettel über die vorgeschlagene Vermehrung der nichtständigen Sitze abgestimmt. Wer also gegen die Vermehrung der nichtständigen Sitze stimmen wollte, mußte gleichzeitig auch die Schaffung des neuen ständigen Sitzes ablehnen. Diese Maßregel bedeutet einen moralischen Zwang zur Annahme des Gesamtkompromisses.

Im Wortlaut der zu fassenden Beschlüsse heißt es: Das Büro schlägt der Versammlung vor, am Mittwoch, dem 8. September, um 10 Uhr vormittags eine Plenarsitzung abzuhalten mit folgender Tagesordnung, die die Artikel 11 und 12 der Tagesordnung zusammen umfaßt:

1. Prüfung des Berichtes der ersten Kommission der außerordentlichen Versammlung (vom März 1926) über den Aufnahmeantrag der deutschen Regierung.
 2. Prüfung der vom Rat am 4. September 1926 angenommenen Entschlüsse, betreffend a) die Registrierung Deutschlands als ständiges Mitgliedsb. b) die Vermehrung der Zahl der nichtständigen Sitze von sechs auf neun.
 3. Prüfung der Vorschläge der Studienkommission über den Wahlmodus für die nichtständigen Mitgliedsmitglieder und das Reglement ihrer Mandate.
- Das Büro empfiehlt der Versammlung, gemäß Artikel 14, § 2 ihres internen Reglements zu bestimmen, daß sie über die Artikel 1 und 2 der obigen Tagesordnung ohne vorherige Kommissionsüberweisung entscheiden wolle. Das Büro schlägt vor, daß Artikel 3 der obigen Tagesordnung an die erste Kommission verwiesen wird, die gebeten wird, so schnell wie möglich der Versammlung einen Bericht über die Frage zu erstatten.

Das Büro hat dem Hauptdelegierten der Schweiz, Motta, die Aufgabe anvertraut, der Versammlung den Vorschlag des Büros vorzulegen.

Genf, 8. Sept. Heute morgen wurde der Punkt 1 der Tagesordnung einstimmig angenommen. Es ist also auch zu erwarten, daß der stichtige Punkt 2 vorbehaltlos Genehmigung findet. Die Schwarzseher, die in den vom Büro aufgestellten Beschlüssen Intrigen gegen Deutschland sehen wollten und in sensationellen Überschriften den Völkergott verhöhnten und von „Lug und Trug“ sprachen, scheinen diesmal wieder gehörig hineingefallen zu sein, denn Punkt 2 wird wohl ebenfalls einstimmig angenommen werden. Die Unkenrufe waren also unberechtigt.

Das Organ Stresemanns zur Lage.

Die „Tägliche Rundschau“ nennt es verfehlt oder um mindesten übertrieben, den Ratsbeschlüsse, wonach die Zuerkennung eines ständigen Sitzes an Deutschland und die Erhöhung der Zahl der nichtständigen Mitglieder von sechs auf neun gleichzeitig behandelt werden soll, als eine schlimme Intrige gegen Deutschland anzustellen und ihm „katastrophale Folgen“ für Deutschland zuzuschreiben. Die Reichsregierung habe durch ihren Delegierten in der Studienkommission der Vermehrung der nichtständigen Sitze schon im Mai zugestimmt, und diese Haltung habe seinerzeit die einstimmige Billigung der großen Parteien im Auswärtigen Ausschusse gefunden. Nachdem Deutschland als Mitglied der Studienkommission sein Einverständnis mit der Vermehrung erklärt habe, hätte es auch als Mitgliedsmitglied nicht eine gegenteilige Stellung einnehmen können. Es wenne also nicht die Rede davon sein, daß der Völkerbundrat durch seinen Beschluß Deutschland vor vollendete Tatsachen gestellt habe.

Weitere Beschlüsse des Völkerbundsrates

Außer der Vertagung der Saarfrage beschloß der Völkerbundrat heute, den Generalsekretär mit der Einberufung einer Konferenz von Regierungsdirektoren zu

beauftragten, auf der ein internationales Abkommen zur Abschaffung von Verboten und Sperrmaßnahmen gegen Ausfuhr und Einfuhr geschaffen werden soll. Das Datum der Konferenz wird der Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Vorbereitungsausschusses für die Wirtschaftskonferenz bestimmen. Ferner wurde der Bericht des Wirtschaftsausschusses über das Sanierungswerk in Oesterreich zusammen mit dem österreichischen Gesandten über die Ausgabe von Schatzscheinen und die Erhöhung der Beamtengehälter und die noch an einige formale Bedingungen geknüpfte Freigabe des Restbetrages der Völkerbundsanleihe genehmigt. Schließlich wurde das Protokoll über die Kontrolle der internationalen Anleihe für die bulgarischen Flüchtlinge unter Zustimmung des bulgarischen Vertreters und der Vertreter der Kleinen Entente angenommen, wofür letzteren ein Einpruchsrecht eingeräumt wird. Der jugoslawische Delegierte sprach die Hoffnung aus, daß mit dieser Vereinbarung der Abschluß eines Balkenpactes gefördert werde.

Norwegen will protestieren.

Paris, 7. Sept. Der Vertreter der Agentur Habas in Genf meldet, daß sich eine Opposition innerhalb des Völkerbundes gegen die Absicht kundgebe, gleichzeitig über die Frage der Zuteilung eines ständigen Sitzes an Deutschland und über die Frage der Schaffung dreier erneuerungsfähiger nichtständiger Sitze abzustimmen. Es werde verlangt, daß getrennt hierüber abgestimmt werde. Heute vormittag erfuhr man, daß gewisse Delegationen und besonders die norwegische unter Ransen beabsichtigten, in der Vollversammlung zu

beantragen, die Entscheidung über die neuen drei Sitze an den juristischen Ausschuss zurückzuverweisen.

Das Ergebnis dieser Intervention würde im Fall eines Scheiterns das sein, daß Deutschland sofort Genugtuung erhalte und daß die übrigen Länder hinsichtlich der Zahl der nichtständigen Sitze im Ungewissen gelassen würden. Der Völkerbundrat sei entschlossen, die norwegischen Vorschläge und jeden anderen Vorschlag dieser Art energisch zu bekämpfen und Briand werde nicht zögern, nötigenfalls von der Rednertribüne des Völkerbundes aus einzugreifen. Unter diesen Umständen könne die morgige Vollversammlung nach Ansicht des Vertreters der Agentur Habas äußerst lebhaft werden. Der Völkerbundrat werde sich heute nachmittags mit der festgesetzten Tagesordnung beschäftigen, aber es verstehe sich von selbst, daß die Intrigen und Manöver, die gegen seine Beschlüsse vom Sonnabend unternommen würden, von ihm sehr genau geprüft werden würden.

Die deutsche Delegation für Genf aufgestellt.

Einer Korrespondenzmeldung zufolge ist die Liste für die deutsche Völkerbundsdelegation nunmehr vollständig aufgestellt. Der Delegation gehören danach neben den bisher genannten Persönlichkeiten als Sachverständige noch eine Anzahl höherer Beamter und die bereits in Genf weilenden Mitglieder der vorbereitenden Abrüstungskommission an. Weiter werden Mitglieder der Delegation der deutsche Gesandte in Bern, Adolf Müller, und der Genfer Generalkonsul W. Schmann sein. Der erstere ist, nach Blättermeldungen aus Genf, bereits gestern abend dort eingetroffen.

Pressestimmen zur Silverberg-Rede

Verständnisvolle Aufnahme auch von Seiten der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften.

Die „Germania“, das Zentrumsorgan, schreibt zur Rede Dr. Silverbergs:

„Wir, die wir stets für die bestehende Staatsform eingetreten sind und die Teilnahme auch der breiten Arbeitermassen, also auch der Sozialdemokratie an der Regierung gefordert haben, können die geistige Entwicklung des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf das lebhafteste begrüßen und nur wünschen, daß diese Einstellung von Dauer sein und in gleichem Sinne weiter fortgeschritten möge. Dazu bedarf es des Verständnisses und des guten Willens auf beiden Seiten. Die Industrie muß bereit sein, die Forderungen aus ihrer veränderten Einstellung zu geben. Es sind nicht nur leere Gerüchte gewesen, welche die Finanzierung der sogenannten „vaterländischen Verbände“, deren Hauptziel bekanntlich die Beseitigung der republikanischen Staatsform und der Kampf gegen den „Erschleiner“ ist, der Industrie in die Schuhe geschoben haben. Das muß nunmehr aufhören. Diese Organisationen wie auch die gleichgesinnten Blätter — und zu letzteren gehören nicht nur die Verbandsblätter — dürfen keinen Pfennig mehr von der Industrie bekommen. Der Schaden, den sonst das Vertrauen in die Seriosität und Aufrichtigkeit unserer Industrieführer nehmen müßte, wäre nicht wieder gut zu machen. Es war auch nicht gelehrt, daß die bekannten industriellen Forderungen in Bezug auf Arbeitszeit und Lohnbestimmung von Geheimrat Köstl so scharf, fast möchte man sagen diktatorisch, vorgetragen wurden. Was die Industrie verlangt und zum Teil mit viel Recht verlangen kann, ist bekannt. Es kommt alles darauf an, daß der rechte Ton und Takt im Zueinander und Gegeneinander von Arbeitnehmer und Arbeitgeber gefunden wird. Dann hat man sich recht oft schon über nicht weniger schwierige Fragen leidlich geeinigt. Der „Herr-im-Dausle-Standpunkt“ auf der einen Seite und blinde Halsstarrtheit auf der anderen Seite führen niemals zu einer befriedigenden Lösung. Auch die Sozialdemokratie muß Vernunft walten lassen und den Mut aufbringen, das als richtig Erkannte zu tun. Solange sie sich in ihrem Tun und Lassen von der Rücksicht auf den radikalen Bruder bestimmen läßt, ist sie freilich für eine Regierung nicht reif.“

Von führender gewerkschaftlicher Seite hört das Berliner Tageblatt zur Rede Silverbergs auf der Dresdener Industrierversammlung:

„Die Rede Silverbergs wird von uns als bemerkenswertes Ereignis anerkannt. Die Rede gewinnt dadurch an Wert, daß das Präsidium des Reichsverbandes die wesentlichen Teile der Rede vorher ausdrücklich gebilligt hat, so daß eine feste Grundlage gegeben ist.“

Der unmittelbare Erfolg der Rede Dr. Silverbergs wird eine wesentliche Erleichterung der Behandlung aller innerpolitischen Fragen sein die gemeinsamen Interessen der Industrie und der Arbeiterkraft betreffen.

Für eine weitergehende Rückwirkung kommt das Angebot einige Jahre zu spät oder zu früh. Zu spät, weil die Zentralarbeitsgemeinschaft, wie wir Gewerkschaftler glauben, wesentlich durch die Schuld des Unternehmertums zerbrochen wurde, das die Bedeutung des inneren Marktes, also der Kaufkraft der breiten Massen verkannt hat. Zu früh, weil die Gewerkschaften durch die Krise aus vielen Positionen herausgedrängt worden sind und es natürlich vorzuziehen, unter Bedingungen zu verhandeln, die ihnen das Gefühl des Gleiches unter Gleiches geben. In gewerkschaftlichen Kreisen wird ferner bezweifelt, ob Silverbergs Rede im Reichsverband wirklich einstimmige Unterstützung gefunden hat. Inwiefern wird die Einstimmigkeit nicht als absolut notwendig empfunden, sofern Silverberg den der Zahl und der Bedeutung nach wichtigeren Teil der Industrie hinter sich hat.

Das Bekenntnis zur Republik

wird von den Gewerkschaften als nicht verwunderlich angesehen. Die Industrie kann in der Republik ebenso gut leben und gedeihen wie unter dem Kaiserthum, ohne zudem hinter Soldaten, Junkern und Postkutschen an vierter Stelle zu stehen. Allgemein haben alle betragten Gewerkschaftler sich dahin geäußert, daß die Silberbergschen Forderungen der Anerkennung des Kapitalismus, der Einstellung des Klassenkampfes nur theoretische Formulierungen seien, die für eine praktische gemeinschaftliche Genossenschaftsarbeit eine grundsätzliche Bedeutung nicht beanspruchen können.

Das einflussreiche Organ der Hamburger Sozialdemokratie, das „Hamburger Echo“, nimmt heute ausdrücklich in einem Artikel „Gefährliche Gesellen“ Stellung zur Rede Dr. Silverbergs in Dresden. Diefel sei, schreibt das „Echo“, zweifellos ein Bekenntnis der mächtigsten Industriehauptlinge. Sie habe der deutschen nationalen Ernsthaftigkeit den Weg gegeben und breche den Eisberg der Vorkriegs-